



1997/52 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/1997/52/deutsches-haus>

Deutsches Haus

<none>

In Lebensgefahr schwebte ein 30jähriger Türke zeitweise, nachdem er am 11. Dezember in Eberswalde bei Berlin zusammen mit einem deutschen Begleiter von rechten Skinheads angegriffen worden war. Auch der Deutsche wurde bei dem Angriff schwer verletzt. Fünf Tatverdächtige im Alter zwischen 17 und 21 Jahren wurden kurz darauf festgenommen. Bei ihnen wurden drei Baseball-Schläger gefunden. Auf ein Aussiedlerheim in Schönerlinde (Brandenburg), in dem neben 27 Aussiedlern aus Ost- und Südosteuropa auch 21 jüdische Zuwanderer aus Rußland untergebracht sind, wurde am 13. Dezember ein Brandanschlag verübt. Unbekannte Täter schleuderten nachts gegen 2.30 Uhr eine Brandflasche durch das Fenster eines Unterkunftsraums. Ein Teppich fing Feuer. Wie die Polizei in Eberswalde mitteilte, konnten drei Bewohner, die durch das Scherbenklirren aufgewacht waren, den Brand selbst löschen. Scharfe Kritik haben acht Organisationen an der Visumspflicht für ausländische Kinder in der BRD geübt. Ebenfalls kritisiert wurde in der von DGB, DAG, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonischem Werk, Pro Asyl, der Jüdischen Gemeinde in Deutschland und dem Deutschen Sportbund unterzeichneten Erklärung die undifferenzierte Diskussion um die sogenannte Ausländerkriminalität und das generelle Arbeitsverbot für neu einreisende Flüchtlinge und Asylbewerber. Dadurch, so heißt es in der Erklärung, werde "ein positives Klima gegenüber Ausländern verhindert". Rechtsextremistische Täter vermutet die Polizei hinter einem Brandanschlag auf einen moslemischen Gebetsraum und ein türkisches Bistro in Wasserburg am Inn (Oberbayern). Im Keller des unbewohnten Gebäudes, in dem sich beide Einrichtungen befinden, fand die Polizei Spuren von Brandbeschleuniger. Außerdem entdeckten die Ermittler eine schwarze Socke, die einen großen Zeh enthielt. Vermutlich, so ein Polizeisprecher, habe der Täter unbeabsichtigt eine Explosion ausgelöst und dadurch das Fußglied verloren. Eine "überfallartige" Praxis bei der Abschiebung von Vietnamesen aus der Bundesrepublik hat der Jesuiten-Flüchtlingsdienst gerügt. Vietnamesen - in der Regel ehemalige DDR-Vertragsarbeiter - würden oft ohne Rücksicht auf ihre familiäre Situation und ohne rechtzeitige Benachrichtigung abgeschoben. Scharf kritisiert hat auch der Unionspolitiker Heiner Geißler die Asylpolitik der Bundesregierung. Anlässlich der Gründung einer Stiftung für Folteropfer in Berlin sagte Geißler, es sei "unerhört, daß durch Vergewaltigungen traumatisierte bosnische Frauen im Dreimonatsrhythmus aus unserem Land abgeschoben werden". Sechs Selbstmordversuche von Flüchtlingen in Abschiebehaft hat es innerhalb der letzten vier Monate in der Justizvollzugsanstalt Mannheim (Baden-Württemberg) gegeben. Wie die Frankfurter Rundschau berichtete, versuchten am 18. August zwei Algerier, sich mit Rasierklingen das Leben zu nehmen. Knapp zwei Wochen später verletzte sich ein Georgier an den Pulsadern, der abermals

zwei Wochen später einen zweiten Selbstmordversuch unternahm. Im September unternahm auch einer der beiden Algerier einen zweiten Suizidversuch. Ende November versuchte ein sudanesischer Asylbewerber, sich aufzuhängen. Als einziger sitzt er noch in Mannheim ein, alle anderen Flüchtlinge, die versucht hatten, Selbstmord zu begehen, wurden inzwischen abgeschoben. Gleich zweimal wurde in der Nacht zum 13. Dezember ein Asylbewerberheim in Ladebow bei Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) überfallen. Acht bis zehn mit einer Axt bewaffnete Jugendliche drangen in das Haus ein und skandierten "Sieg Heil". Sie flohen, als Alarm ausgelöst wurde, kehrten aber nochmals zurück, als die Polizei wieder fort war.